

# Politische Bildung und freiheitliche Demokratie

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER JUBILÄUMSVERANSTALTUNG AM 10. SEPTEMBER 2006

## I. Zum Zusammenhang politischer Bildung und politischer Kultur

Politische Bildung und politische Kultur sind immer aufs Engste miteinander verwoben. Dieser Zusammenhang drängte sich nachhaltig ins Gedächtnis zurück, als mit der deutschen Vereinigung die Ergebnisse unterschiedlicher politischer Sozialisationsprozesse in Ost und West sichtbar wurden. Sie haben zu durchaus differierenden Persönlichkeitsstrukturen geführt. Der Hallenser Psychiater Hans-Joachim Maaz hat bekanntlich eine brillante Analyse des Versuchs vorgelegt, durch Erziehung zu einem neuen Menschentyp zu gelangen. Das Ergebnis war weniger eine demokratische als eine autoritär strukturierte Persönlichkeit. Auch spätere Umfragen haben dies bestätigt. Ost- und Westdeutsche unterschieden sich signifikant in ihrer Einstellung zu Staat, Liberalität, Pluralismus oder gar zur Polizeipräsenz im Straßenbild. Publizisten kamen damals zu der Schlussfolgerung, die DDR-Erziehung habe nicht zum Kommunismus, wohl aber zu deutlich autoritärem Verhalten geführt. Dieser Befund ist nicht überraschend. Denn es kann nicht gleich sein, in welcher Art politischem System Menschen Bildung, Erziehung, Sozialisation erfahren. Wenn vier Jahrzehnte gesicherter demokratischer Entwicklung und sechs Jahrzehnte Leben unter Diktatorsystemen zu den gleichen Ergebnissen führten, dürfte die politische Theorie sogleich ihre Bemühungen einstellen, nach den Grundprinzipien einer menschenwürdigen Ordnung zu fragen. Desgleichen könnte die politische Bildung ihre Anstrengungen

aufgeben, werbend zu einer solchen Ordnung hinzuführen.

Plurale Demokratie kennt keine Einheitlichkeit politischer Zielvorstellungen. Sie beruht auf der Legitimität politischer Auseinandersetzung. Konflikte sind ihr inhärent. Politische Bildung in einer solchen Demokratie teilt diese Voraussetzungen, wie jeder auch nur oberflächliche Blick in ihre Diskussionen, die zum großen Teil auch politische Auseinandersetzungen geworden waren, unschwer offenbart.

Ebenso lebt plurale Demokratie aber auch vom Konsens – vom Konsens über ihre Grundlagen und ihre allgemein akzeptierten Wertorientierungen, um deren Verwirklichung von unterschiedlichen Positionen aus sich der streitige politische Prozess letztlich dreht. Auch diese Voraussetzung teilt politische Bildung mindestens ebenso sehr, weil sie ohne Orientierung am Konsens ihre Aufgabe kaum lösen könnte, zur entsprechenden Bildung und Sozialisation des Bürgers beizutragen – was sie doch wohl, ganz unabhängig vom Streit der Richtungen, in jedem Fall will. Auf die Erfüllung dieser Aufgabe haben der Einzelne wie das politische System sicher einen legitimen Anspruch, zumindest, solange dies System ein freies und demokratisches ist. Der Philosoph und Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker kennzeichnete den liberalen Rechtsstaat einmal als „ein moralisches Gut ersten Ranges“ und „seine Verwirklichung in der repräsentativen Demokratie“ als eine „der intelligenten Erfindungen, die die Menschheit im Felde der Politik gemacht hat“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SCHLOSS EICHHOLZ

HEINRICH OBERREUTER

September 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Ist es nicht ein vornehmes Recht freier Bürger, durch politische Bildung Einführung und Einübung in ein derart eindeutig definiertes Gemeinwesen zu erfahren? Und hat nicht auch diese „intelligente Erfindung der Menschheit“ einen historischen Anspruch auf Tradierung, zumindest, solange keine ebenso humane wie freiheitliche Alternative in Sicht ist?

Überblickt man die letzten Jahrzehnte, dann haben beide Fragen nicht immer ihre an sich selbstverständlichen Antworten gefunden. Als wir in den Auseinandersetzungen der 70er Jahre ein Konzept für politische Bildung vorgelegt haben, das auf kritikfähige Identifikation mit den Werten und Normen der Verfassung auf der Basis rationaler Urteilsbildung abzielte, und gleichzeitig bekannten, dass es wertneutrale politische Bildung nicht geben könne, ebenso wenig ein Verhältnis der Beliebigkeit gegenüber den Grundprinzipien der Verfassung und auch keines der Fundamentalkritik, galt dies als „affirmativ“. Affirmare heißt bekräftigen, bestätigen. Was will wohl jemand im Gegensatz dazu, der nicht bereit ist, politischen Bildungsprozessen die Bekräftigung der freiheitlichen Demokratie als Grundlage und Ziel vorzugeben?

Tatsächlich hatten wir – Manfred Hättich, Dieter Grosser, Bernhard Sutor und ich – uns auch entschieden gegen jegliche Indoktrination gewandt. Wer für eine freie und offene Gesellschaft, wer für Rationalität in der politischen Bildung eintritt, kann eigentlich gar nicht anders. erinnert man sich an diese Diskussion, ging sie um Kernfragen, auch wenn bei näherem Hinsehen die Gegner dieser Affirmation eines „moralischen Gutes ersten Ranges“ im Grunde hinter einem Nebelschleier von Entstellung und Unterstellungen in der Sache eigentlich ausgewichen sind. Zeitgeistoportunismus mag die Ursache dafür gewesen sein – dem natürlich auch relativ leicht anheim fällt, wer das gerade Aktuelle für das didaktische Nonplusultra hält.

Schon Mitte der 80er Jahre schien es freilich, als müsse man mühsame Erinnerungsarbeit leisten an jene Zeit fundamentaler Herausforderungen und abgründigen didak-

tisch-politischen Streits. War da was? Immerhin sah sich der Bundespräsident damals herausgefordert zu bemerken, die Lehrer an den öffentlichen Schulen hätten sich an die Verfassung zu halten und politische Bildung hätte zum Ziel, zu „kritischer Loyalität“ – wir hatten gesagt: zu kritikfähiger Identifikation – zu erziehen.

Nein, es war nicht selbstverständlich in der damaligen Zeit, den doch angeblich fast allen gemeinsamen Konsens über die Prinzipien der liberalen Demokratie ins Gedächtnis zu rufen und an die Verfassungsorientierung politischer Bildung zu erinnern. Dazu bedurfte es keines Heldentums, aber doch eines gewissen Mutes, Flagge zu zeigen. Und es bedurfte auch Institutionen wie dieser, deren 50jähriges Jubiläum hier gefeiert wird, für die das Selbstverständliche nie in Frage stand, für die auch, wie es in einem Grundlagenpapier der Stiftung vom 7. April 2006 heißt, politische Bildung immer mehr war und ist als Institutionenkunde oder Aktualitätsforum, sondern vor allem die Vermittlung der wertbezogenen Grundlagen unserer demokratischen Ordnung. Die Systemüberwindung durch politische Bildung fand nicht statt. Das verdanken wir solchen Widerstandsnestern und später auch dem historischen Ende alternativer politischer Konzeptionen und Systeme, die vielleicht nicht in ihrer Rigidität, aber doch in ihrer grundsätzlichen Richtung den einen oder anderen Anhänger gefunden hatten. Ihnen gegenüber war an jene Orientierung politischer Bildung zu erinnern, die ihr unter der Herrschaft des Grundgesetzes Chance und Freiraum sichert „für Pluralität, Liberalität, Rationalität, Dialog und Diskussion; und zwar sowohl gegen eine eventuelle Einnengung durch staatlich verordnete Richtlinien als auch gegen parteiliche Indienstnahme durch partikuläre Kräfte. Es wäre sonderbar, wenn dies mit Hilfe des Grundgesetzes nicht möglich wäre. Das Grundgesetz kennt keine Denkverbote!“ (Bernhard Sutor)

Man könnte nun einwenden, dass Bildung immer nur von der Selbstverwirklichung des Individuums willen geschehe und ihre Bindung an die freiheitliche Ordnung eine unzulässige Verzweckung darstelle. Kann also eine entsprechende Bindung öffentlich ver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SCHLOSS EICHHOLZ

HEINRICH OBERREUTER

September 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

anstateter Bildungsprozesse überhaupt akzeptiert werden? Eine Scheinfrage, weil die Selbstverwirklichung des Individuums nur in einer freiheitlichen Ordnung möglich ist. Wie sich schon aus dem Zitat von Bernhard Suitor ableiten lässt, kann aus den Grundlagen und Konsequenzen einer freiheitlichen Ordnung wohl die Beliebigkeit politischer Bildung eingeschränkt werden, nicht aber ihre Bindung an die Freiheit. Beschneiden lässt sich bestenfalls die Entfaltungsfreiheit freiheitswidriger Bildungsinhalte. So beantwortet sich der Einwand durch die Übereinstimmung der Zielintentionen. Solange es als wichtigste Aufgabe politischer Bildung gilt, dazu beizutragen, „dass uns auf absehbare Zeit ein neuer Rückfall in die Barbarei erspart bleiben möge“ (K. G. Fischer), und solange sich die Zielintentionen des Gemeinwesens nicht verändern, erscheint die Suche nach Spannungsfeldern zwischen politischer Bildung und politischer Kultur wenig aussichtsreich, und das Argument unzulässiger Verzweckung politischer Bildung bricht in sich zusammen.

Im Zentrum unserer Überlegungen steht das freiheits-, gesellschafts- und politikfähige Individuum. Damit stehen wir vor vielfachen Interpretationsproblemen – und gelegentlich ergeben sich auch kurzschlüssige Folgerungen. Ist der Trend zur Individualisierung z.B. per se sozial unverträglich? Oder ist das sich selbst verwirklichen wollende Individuum nicht eine jener Voraussetzungen demokratischer Gesellschaft, um deren Verwirklichung lange gerungen worden ist? Gewiss gibt es einen überzogenen Trend zur Selbstverwirklichung, der die Sozialdimension des Individuums vergisst. Auch registrieren wir eine neue Innerlichkeit, die den Verfall des Öffentlichen in sich birgt. Unzweifelhaft gibt es auch jene neue Spontaneität und Radikalität, die in die Politik eingefallen sind und von der Simplifizierung komplexer Probleme, dem traditionellen Unwillen zum Kompromiss und der Ungeduld gegenüber rechtsstaatlichen Verfahren sowie der Unterschätzung der Bedeutung demokratischer Institutionen leben, meist auf der Basis solider Unkenntnis.

Was soll politische Bildung in der freiheitlichen Demokratie? Sie sollte Orientierungs-

wissen zur Verfügung stellen, dieses politische System und seine Kultur zu erkennen, zu verstehen und sich in ihm zu verhalten – nicht zuletzt auch partizipatorisch. Ob das Individuum die ihm ermöglichte Rolle als Staatsbürger annimmt oder nicht, bleibt ihm in einem freiheitlichen Gemeinwesen überlassen. Aber man kann sich speziell Demokratien nicht vorstellen ohne Demokraten, die jedoch informiert, gebildet und erzogen werden müssen. Ohne diese politische Dimension wäre es z.B. der antiken Philosophie nicht eingefallen, überhaupt von geglückter Bildung eines Menschen zu sprechen. Politische Bildung soll in der Praxis auch Kompetenz begründen, im Strudel des Wandels nicht unterzugehen. Dazu bedarf sie der kritisch urteilenden Eigenständigkeit gegenüber der Politik und gegenüber Zeitgeistthemen – eben die Fähigkeit zu rationaler Urteilsbildung. Politische Bildung kann sich also nicht abhängig machen von jedem Paradigmenwechsel.

So stellt sich die Frage: Was ist von zeitloser Relevanz? Dem schließt sich eine weitere Frage an: Wodurch wird ihre Ratio herausgefordert? Und schließlich folgt eine Schlussbemerkung zur Zukunftskompetenz politischer Bildung.

## II. Was ist von zeitloser Relevanz?

Natürlich ist die Vermittlung von Werten das hier zentrale Thema. Erziehung und Bildung sind nicht möglich ohne Wertorientierung. Für politische Bildung gilt das im besonderen Maße. Denn politische Ordnung folgt stets normativen Optionen, und Politik ist seit je wertbezogenes Handeln.

Nun sind in der politischen Theorie mehr und mehr Positionen „modern“ geworden, die postulieren, die moderne Gesellschaft bestehe allein auf der Basis zweier Grundantriebe: Der erste ist der vom Staat gesetzte moralischneutrale Rechtszwang; der zweite sind die individuellen Nutzenkalküle der Bürger.

Das ist ein Plädoyer für die Maßstablosigkeit aller Vergesellschaftung und aller Politik. Es fragt nicht mehr nach dem, was recht ist, und nicht einmal mehr danach, ob Recht

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SCHLOSS EICHHOLZ

HEINRICH OBERREUTER

September 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

auch gerecht sei: Demnach ist das, was in einer Gesellschaft gilt, stets auch richtig. Diese Position ist politisch bequem und ethisch orientierungslos. Zusätzlich ist sie gefährlich, weil sie keine kritischen Maßstäbe mehr kennt für das, was wir unter einer guten Ordnung verstehen. Aber die Entkopplung von Recht und Moral und der Rekurs auf individuellen Nutzen sind nur vermeintlich wertfrei. Sie besitzen durchaus eine Orientierung: die Orientierung am schrankenlos gesetzten Individuum und seiner Entfaltungsfreiheit. Mit schrankenloser Individualisierung lassen sich aber weder Gesellschaft noch Staat machen. Das ist dieser Position durchaus nicht unbekannt. Deswegen setzt sie auf Zwang durch Recht und meint, den Widerspruch zwischen individueller Entfaltung und staatlichem Zwang ausgerechnet dadurch zu überwinden, dass sie Verbindlichkeiten moralisch entkleidet, als ob moralische Neutralität zur Freiheit führe. Der Denkfehler liegt in der Annahme, dass Freiheit definiert sei durch Abwesenheit jeglicher Verpflichtung. Tatsächlich ist Freiheit ohne rechtliche und soziale Verpflichtungen nicht zu haben. Und tatsächlich wird Freiheit durch nichts mehr gefährdet als durch die Abwesenheit aufgeklärter Wertorientierungen in Staat und Gesellschaft. Das Individuum wird in seiner Entfaltungsfreiheit gerade dann bedroht, wenn die Frage danach nicht mehr gestellt wird, was gut ist.

Das Grundgesetz hat aus den Irrtümern des Wertrelativismus einerseits und aus der historischen Erfahrung der daraus folgenden Vernichtung aller humanen Werte andererseits bewusste Schlussfolgerung gezogen. Es hat eine wertgebundene politische Ordnung geschaffen und den Staat und seine Organe auf diese Ordnung verbindlich verpflichtet. Damit sind Werte, ethische Maßstäbe, in das Recht selbst inkorporiert worden. Eine derartige wertgebundene Ordnung ist weder neutral, noch funktioniert sie nach individuellem Nutzenkalkül. Sie wirft allerdings wegen ihres verpflichtenden Charakters umso mehr Probleme auf, je mehr der Individualisierungs- und Selbstverwirklichungstrend in der Gesellschaft zugespitzt fortschreitet. An manchem Verfassungsgerichtsprozess zeigt sich, wie Wertbindungen

erodieren können. In der Gesellschaft entstehen offene Flanken, derzeit am deutlichsten zu sehen bei der Auseinandersetzung um den Schutz des Lebens mittlerweile in allen seinen Spielarten.

Gesellschaftlichen Erosionsprozessen folgen politische. In der Politik ist die These vertreten worden, was in der Gesellschaft an Wertbewusstsein verfallen sei, könne der Staat nicht zurückholen. Dies sei allenfalls Aufgabe der moralischen Instanzen. Damit stellt sich eine brisante Frage: Hat das Recht noch normativen Charakter oder schützt und bewahrt es nur noch das, was ohnehin gilt? Eine zweite brisante Frage: Haben „Staat“ und „Politik“ – in Wahrheit also Amtsinhaber und Mandatsträger – nicht die Pflicht, ihren Beitrag zur Bewahrung von Wertorientierungen und Verfassungskonsens zu leisten – zumindest, indem sie werbend dafür eintreten, statt z.B. durch Zeitgeistkonformismus die ethische Kultur zu beschädigen oder zu zerstören? Eine wertgebundene Ordnung bindet doch zuallererst den Staat und seine Erziehungssysteme.

Die Frage, ob es der westdeutschen Gründergeneration erfolgreich gelungen ist, ihre Orientierungen an die nachwachsende Generation weiterzugeben, betrachte ich nüchtern. Ließe sie sich bejahen, wäre 1968 in dieser Form nicht möglich gewesen. In Ostdeutschland ist nach dem Überschuss an sozialistischen Werten eine gewisse Skepsis festzustellen gewesen, zusätzlich aber auch eine Entfremdung vom Wertsystem der westlichen Demokratien: ein Ergebnis des sozialistisch-totalitären Erziehungsmonopols, das bewusst jegliche Erinnerung an die abendländische Rechts- und Verfassungskultur getilgt hat. Aus unmittelbarer Erfahrung eigener Tätigkeit an einer ostdeutschen Universität nach der Wende weiß ich, wovon ich spreche. Natürlich hat auch im Westen der Vorwurf des Affirmativen nicht positiv gewirkt, der jene traf, die sich bewusst in die klassische und zeitgeschichtliche Tradition stellten. Immer hat es aber auch Einwände gegeben, die sich aus dieser Tradition speisten und daran festhielten, dass auch der moderne Staat auf einen Grundbestand von vorpolitischen, konsentierten Wertvorstellungen angewiesen bleibt und

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SCHLOSS EICHHOLZ

HEINRICH OBERREUTER

September 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

nach dem berühmten Diktum Böckenfördes von Voraussetzungen lebt, die er nicht selbst zu schaffen vermag. Seine Legitimität besitzt demnach nicht zuletzt inhaltliche Quellen. Es hat im Übrigen den Anschein, als ob dieser Gedanke heute wieder auf größere, wenn auch nicht konkurrenzlose Akzeptanz stößt. Ich komme darauf zurück.

Normative Orientierungen können sich immer nur auf einen relativ schmalen Grundkonsens richten. Auf die Spannung zwischen Konsens und Konflikt habe ich einleitend hingewiesen. In der Tat läuft die zentrale Scheidelinie zwischen Pluralismus und Antipluralismus, wobei der Pluralismus nicht wertneutral, sondern das wohl wichtigste Strukturprinzip freiheitlicher Ordnung ist. Früher hätte man sich an dieser Stelle vor allem gegen allzu weit gehende Forderungen nach vermehrter Homogenität in Staat und Gesellschaft gewehrt. Diese Gefahr besteht in der Tat immer dann, wenn auf die Vielfalt der Lebensstile und Orientierungen mit verstärkten Gemeinschafts- und Konsenspostulaten reagiert wird. Weil totalitäre Systeme Homogenität erzwingen, war die Lektion der posttotalitären Epoche, Konsensforderungen zu begrenzen und Konflikte in höherem Maß zu tolerieren. Gerade hier liegt ja die Grenze zwischen Weltanschauungssystemen und wertgebundenen Ordnungen. Diese Grenze gilt es ebenso bewusst zu machen, wie an die Ethik des Pluralismus und der Toleranz zu erinnern wäre, die ein Ansatzpunkt politischer Bildung in der Nachkriegszeit gewesen ist – nämlich Stereotypen aufzulösen und Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu begründen. Gerade die Toleranz haben wir in den 70er Jahren in Vergessenheit geraten lassen. Heute tun wir uns schwer, sie wieder zu entdecken, gerade in modernisierenden, gesellschaftlichen Umbrüchen, in Generationenkonflikten, in Zuwanderungs- und Integrationsproblemen. Dazu verhelfen nicht Appelle, sondern nur Begründungen aus der Würde des Individuums, unabhängig von Herkunft, Klasse oder Schicht.

Gleichwohl ist heute nachhaltiger als früher an den Grundkonsens zu erinnern. Denn wie ist mit diesem normativen Themenfeld umzugehen, wenn die Gesellschaft diesen

Grundkonsens, ihre Identität, immer weniger zu definieren vermag; wenn sie sich – vor allem angesichts der Herausforderung durch andere Kulturen – vornehmlich in dem findet, was sie nicht will und sein möchte? Zu wissen, was man nicht will, führt keineswegs zu einem Konsens im Positiven, und sei er noch so schmal. Man kann die Selbstbescheidung – Kardinal Ratzinger schrieb in diesem normativen Kontext einmal von einer Art Selbsthass Europas – auch übertreiben. Eine die freiheitliche Demokratie konstituierende politische Leitkultur lässt sich nicht nur ziemlich präzise definieren, sie muss auch definiert und vermittelt werden, weil ohne sie Pluralität und offene Gesellschaft nicht begründet und verteidigt werden könnten. Sie muss also auch wirklich leiten! Denn selbst die Vielfalt bedarf zu ihrer Inwertsetzung eines normativen Konsensus, der auf Menschenwürde und Menschenrechten beruht sowie auf Freiheit und politischer Gleichheit. Alles andere – auch die staatliche Ordnung und die politische Willensbildung – lässt sich daraus ableiten. Das heißt, das Erbe der Aufklärung sowie der antiken und jüdisch-westlichen Tradition politikphilosophischen Denkens ist nicht obsolet. In den liberalen Demokratien schuf es die Möglichkeit, von unterschiedlichen politischen Positionen aus zu Übereinstimmungen in grundlegenden Werten zu gelangen. Zudem sind politische Ordnungen nicht Konsequenzen philosophischer Seminare, sondern bewusste Optionen. Auch der Versuch, die Moral auszuschalten und individuelle Nutzenkalküle zu inthronisieren, ist eine solche politische Option, wenn auch eine diesem Erbe zuwiderlaufende: das Gegenstück zum Rechtsstaat als eines „moralischen Gutes ersten Ranges“.

Auch in der Moderne lassen sich Wertentscheidungen politisch sehr wohl begründen. Wir verfügen über hinlänglich gesichertes historisches Fakten und politisches Ordnungswesen, welches uns die Folgen von Entscheidungen und Unterlassungen anzeigt. Kaum jemand wird ernstlich behaupten, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung diesen historischen Prozess nicht bestanden hätte. Da wir keine humane Alternative zu ihr erkennen, ist die Vermittlung der Werte, auf denen sie beruht, in der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SCHLOSS EICHHOLZ

HEINRICH OBERREUTER

September 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Tat eine zentrale Aufgabe von Politik und politischer Bildung.

Heute kehren normative Orientierungen sogar in einem elementaren Sinn auf die Tagesordnung der Politik zurück. Auch hier hat es sich z.B. für diese Stiftung gelohnt, Standfestigkeit zu bewahren. Es stimmt auch nicht, dass die Globalisierung mit ihrer Tendenz zur Auflösung nationaler Räume keine Chancen für Normatives mehr böte, weil dieses an einen nationalstaatlichen Ordnungsrahmen gebunden sei, dessen Bedeutung dahinsinke. Inzwischen gilt demgegenüber sogar die zugespitzte Säkularisierung westlicher Gesellschaften als Sonderweg im Rahmen weltweiter Entwicklungen. Auch im Inneren dieser westlichen Gesellschaften ist der Bedarf an normativer Orientierung gewachsen. Wissenschaftlicher Fortschritt hat Fragen an das menschliche Leben neu aufgeworfen, auch neue, teils erschreckende Interpretationen hervorgerufen. Ernst Wolfgang Böckenförde sah sich z.B. aufgrund der Neuninterpretation des Art.1 des Grundgesetzes in einem stimmführenden Kommentarwerk dazu veranlasst, einen Aufsatz mit dem Titel zu schreiben „Die Würde des Menschen ist antastbar“. Auf eine überraschende Art und Weise sind deshalb in den jüngsten politischen Debatten über die menschliche Existenz ethische Argumente verwendet worden, die sich explizit wie implizit sogar auf religiöse Überzeugungen stützen. Die Säkularisierung, schrieb der protestantische Theologe Eberhard Jüngel, wolle nicht rückgängig gemacht aber auch nicht bis zu ihrem bitteren, möglicherweise selbstzerstörerischen Ende ausgekostet werden, wenn Menschenwürde und Menschenrechte nicht zur Disposition gestellt werden sollen.

Auf dem Hintergrund dieser neuen inneren und äußeren Herausforderungen ist sogar von der Wiederkehr des Religiösen die Rede. Jürgen Habermas hat das Bild einer postsäkularen Gesellschaft des Westens entworfen, die von religiösen Überlieferungen Korrekturen gesellschaftlicher Defizite und Gegenbewegungen zu Zerstörungstendenzen unseres gesellschaftlichen und persönlichen Zusammenlebens erwartet. Ein Signum der Zukunft könnte demnach die

Wiederkehr des Normativen gerade zur Behebung politischer und gesellschaftlicher Defizite sein. Das weist nicht wirklich über unser engeres Thema hinaus. Denn es erinnert an das Postulat, das politischer Bildung immer auch zugrunde gelegen hat, Verantwortung für die Gesellschaft nach Gewissensmaßstäben zu übernehmen. Und damit erinnert es zugleich auch an Wurzeln und Ziele der politischen Bildungsarbeit dieser Stiftung und verleiht ihnen neuen Nachdruck.

### III. Worin liegen Herausforderungen der Ratio politischer Bildung?

Die Frage so zu formulieren, unterstellt von vornherein, dass es derartige Herausforderungen gibt. In aller Knappheit seien drei solcher Herausforderungen im engeren und weiteren Sinn umrissen:

1. Bildungsprozesse sind der Rationalität verpflichtet. Politischer Bildung haben wir als eine ihrer Aufgaben die Befähigung zu rationaler Urteilsbildung zugeschrieben. Aber eine unserer tiefgreifendsten gesellschaftlichen Veränderungen sind Rationalitätsverluste unseres öffentlichen Diskurses. Die Medienwelt, die unsere Wirklichkeit weithin bestimmt und konstruiert und unsere Kommunikation beherrscht, folgt ganz anderen als Rationalitätskriterien. Die Superideologie des Mediendiskurses ist die Unterhaltung. Dem ist z.B. auch das Politische untergeordnet, welches ja der Gegenstand unseres engeren Themas ist. Mittlerweile sind dazu ganze Bibliotheken geschrieben worden – und nicht nur von kulturkritisch angehauchten Autoren. Politik wird schon seit langem weniger als ernsthafte Aufgabe verstanden, sondern als abwechslungsreich spannendes Schauspiel inszeniert. Die Stichworte heißen Themenverschleiß, Kurzatmigkeit und problemverschleiende Suggestion rascher, meist punktueller Lösungen. Auf der Strecke bleiben nicht nur die Kontinuität, nicht nur die Möglichkeit, sich adäquate Weltsicht zu erwerben – so lautet die vielfach vorgetragene These – auf der Strecke bleibt schlicht die politische Rationalität. Ein französischer Kritiker sprach vor Zeiten schon von der „Unterwerfung ratio-



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SCHLOSS EICHHOLZ

HEINRICH OBERREUTER

September 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

nen Urteilsvermögens unter eine neue Affektivität“ (R. G. Schwarzenberg).

Alles was die Gesellschaft aufgrund dessen zu entbehren hat, müsste ihr in Akademiendiskursen und Bildungsprozessen angeboten werden. Schon die angemessene Sicht der Gegenwart, frei von dramatisierender Optik, vereinfachenden Inhalten und schlichter Personalisierung komplexer Problemfelder, schon die angemessene Sicht der Gegenwart also wäre ein ernster Gegenstand – von der Zukunft ganz zu schweigen. Rationalität stiften heißt in diesem Zusammenhang, das Erregungsklima herunterzuregulieren. Politische Bildung kann und darf in dieser Art überhitzter und überreizter Kommunikation nicht mithalten. Das ist in der Tat eine Herausforderung, weil sie mit ihrem Bestreben nach Rationalitätsstiftung zu spät kommen und zu kurz greifen könnte. Sie kann schlicht nicht mithalten. Auf der anderen Seite liegt hier aber auch eine Chance. Zumindest interessierte Minderheiten scheinen einen Hunger nach ausgehaltenen Argumentationsbögen und Hintergründen zu entwickeln. Ein Blick auf die Legitimitätsprobleme der aktuellen Politik zeigt überdeutlich das Zauberlehrlingsproblem, die Geister wieder loszuwerden, die man vielleicht nicht gerufen, denen man sich aber doch angepasst hat. Zukunftsfragen sind nur mit Vernunft zu lösen.

2. Bildung, so hatten wir festgehalten, ist eine Veranstaltung zur Förderung der Selbstentfaltung des Individuums. Eine zweite herausfordernde Veränderung scheint mir aber in der fortschreitenden Instrumentalisierung von Bildung als Dienstleistung im Kontext wachsender Priorität wirtschaftlicher Nützlichkeitsabwägungen zu liegen. Das öffentliche Klima ist nicht mehr geprägt vom Humboldtschen Bildungsideal, in dessen Zentrum die Menschenbildung, die Bildung der Persönlichkeit jedes Einzelnen, um „Kraft zur Selbständigkeit“ zu erwerben, und auch eine allgemeinbildende Orientierung standen. Dass gerade die moderne Wissensgesellschaft die Bedeutung bedarfsorientierter Qualifizierungen reduziert und nach Selbstverantwortung, Allgemeinbildung und nach Schlüsselqualifikationen – auch nach sozialen und politischen

Schlüsselqualifikationen – verlangt, um Zukunftsfähigkeit zu entwickeln, hat sich im Getriebe der Politik und Interessenverbände noch nicht herumgesprochen. Erst recht stoßen sich Nützlichkeitsabwägungen und Wertorientierung. Im Übrigen führt Bildung im pluralistischen Chor bei der Verteilung von Mitteln nicht immer die stärkste Stimme. Zudem steht es mit dem Prestige der politischen Bildung nicht zum Besten. Selbst die Fachdiskussion wirft ihr Professionalisierungsdefizite und Modernisierungsbedarf vor. Ihre weitgehende Reduzierung auf Methoden- und Didaktikdiskussion hat ihr Ausstrahlungskraft genommen. Stand sie früher im Zentrum der demokratietheoretischen Diskussion, so wird aus der Fachwelt heute dringend die Erneuerung ihrer Anschlussfähigkeit an eben diese Diskussion der Neuzeit gefordert. Das heißt, der Gegenstand ist partiell verlorengegangen. Mit der Politikwissenschaft als Bezugswissenschaft verhält es sich übrigens ähnlich. Sie hat sich ihres Stellenwerts und ihres Selbstverständnisses als Demokratiewissenschaft in letzter Zeit durchaus geniert und erinnerte sich erst spät, von Kürzungen bedroht, ihres Beitrags zur politischen Bildung, die übrigens auch in der Politik der Popularität entbehrt. Sonst müsste man nicht ständig um Mittel, und in den Schulen um angemessene Anteile an der Studententafel kämpfen.

3. Politische Bildung kann sich mit Sicherheit nur schwer von der Politik und von der öffentlichen Kommunikation abkoppeln oder unter eine Käseglocke zurückziehen. Sie sind ihr Gegenstand. Von den Schwierigkeiten, den ethischen Konsens des Grundgesetzes zu befestigen, war schon die Rede. Man hat im Lauf der Jahre auch sonst Entwicklungen und Fehlentwicklungen gesehen, die im Grunde andere Antworten suchten als die grundgesetzlichen – und damit partiell auch andere Antworten auf die Frage nach der politischen Ordnung. Der ursprünglich intendierten Stärkung der repräsentativen Demokratie stellten sich Antiparlamentarismus, plebiszitäre Strömungen, Herausforderungen der Mehrheitsregel und selbst Gewaltbereitschaft entgegen. Aber es gibt auch subtilere Entwicklungen wie die überbordende Parteiendemokratie, die beständige Stärkung der Exekutive, die zuge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SCHLOSS EICHHOLZ  
HEINRICH OBERREUTER

September 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

spitzte partei- und interessenpolitische Funktionalisierung der Abgeordneten und als jüngste Tendenz die zunehmende Entparlamentarisierung politischer Entscheidungen, mit denen der Expertendiskurs besser umzugehen weiß als es erstaunte Bildungsseminare vermögen.

Überhaupt halten vielfach die professionelle Fortentwicklung der Wissenschaft und die Entwicklung des politischen Bewusstseinsstandes der Öffentlichkeit nicht miteinander Schritt, gerade auch auf Gebieten, auf denen es den Wissenschaftlern durchaus auf volkspädagogische Wirkung ankäme. Der Wissenschaftler ist auch hilflos gegenüber Funktionsschwächen, Rechtsverletzungen und Skandalen, die das Vertrauen in die Demokratie, nicht zuletzt aber auch die Wirksamkeit von Bildungsbemühungen geradezu untergraben müssen. Auch hier stellt sich die Frage nach der guten Ordnung, die uns Allensbach, Infas und die Forschungsgruppe Wahlen nicht beantworten können, eher wohl wirklich kritische Politikwissenschaft von historisch inspirierter zeitdiagnostischer Kraft, die sich dann auch nicht zu schade ist, ihre Erkenntnisse und Erklärungen in Bildungsprozesse einfließen zu lassen. Der Wissenschaftler wird auch Krisenanfälligkeiten nicht übersehen. Ihm und allen, die an Bildung mitwirken, sollte auch bewusst sein, dass die bisherige Erfolgsgeschichte von Grundgesetz und Republik mindestens ebenso sehr (wenn nicht sogar mehr) mentalitätsgeschichtlich zu interpretieren ist als institutionengeschichtlich. Umso bedeutsamer sind geglückte Bildungsprozesse, die das Bewusstsein der Menschen erreichen und nicht nur ihren Informationsspeicher.

#### **IV. Zur Zukunftskompetenz politischer Bildung: Schlussbemerkung**

Intensiv wie selten zuvor ist derzeit von Umbrüchen die Rede: von gesellschaftlichem Wandel, im Kontext der sozialstaatlichen Reformdiskussion, von der Reaktivierung des selbstverantwortlichen Individuums und von der Rückkehr des Normativen auf die Tagesordnung. Ohne Bildungsprozesse, ohne die in der Zukunftsforschung postulierte Verbindung von Lernzielen mit

Lebenszielen, lassen sich solche Umbrüche vielleicht hinnehmen, aber kaum bewältigen. Die Kompetenz zu begründen, im Strudel des Wandels nicht unterzugehen, hatte ich eingangs als eine der Aufgaben politischer Bildung bezeichnet. Gefragt ist diese nicht allein. Aber wenn es denn um derartige Wandlungsprozesse geht, die durchaus die Frage aufwerfen, wie wir mit solchen Herausforderungen leben wollen, ist ihr Beitrag unverzichtbar, weil sie eben normative, ökonomische und politische Perspektiven zusammenzuführen vermag. Sie ist schlicht zuständig. Sie muss sich aber diesen Herausforderungen auch stellen, darf ihren Gegenstand nicht vergessen und sich nicht in methodischen und didaktischen Glasperlenspielen verlieren, wie ihr jüngst aus der Zunft selbst vorgeworfen worden ist.

Der Konnex zur Demokratie in ihrer republikanisch verfassten Form ist auch nicht mehr strittig wie noch bis in die 80er Jahre: Nur in der Demokratie, die frei von politischen Instrumentalisierungen ist, kann politische Bildung sich auch tatsächlich als Bildung entfalten. Bindung an die freiheitliche Demokratie verleiht ihr zugleich auch eine normative Zieldimension, die ihre Begründungen in der Würde des Individuums findet.

Angesichts konkurrierender kultureller Herausforderungen, vor allem auch angesichts der angedeuteten Unsicherheiten und Grundkonsensschwächen, könnte es sich als hilfreich erweisen, wenn die Fachdiskussion sich von „Politik lernen“ auf „Demokratie lernen“ erweitert, freilich nicht im Sinne der früheren unseligen Demokratisierungsdiskussion. Unter „Demokratie lernen“ wäre eine Öffnung zum kulturellen Unterbau zu verstehen; nämlich zu Lebens- und Gesellschaftsformen, die dem Individuum und dem liberalen demokratischen Rechtsstaat angemessen erscheinen – und ich möchte sehr bewusst hinzufügen: angemessen besonders der Freiheit, die unser primärer politischer Wert ist, in dessen Dienst auch die Demokratie selbst steht.

\*\*\*